



# Europatelegramm

Informationen von Prof. Dr. Dietmar Köster, MdEP (SPD)

November 2018  
Ausgabe 3/2018, #17



Die SPD-Abgeordneten - Fraktion  
der Sozialdemokraten im Europäischen  
Parlament

## Inhalte:

- Keine Diskussion mit Rechten!
- Aus dem Parlamentsalltag
- Ein Besuch auf Malta
- Aus der Betreuungsregion
- EU-Parlament leitet Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Ungarn ein
- #unteilbar setzt ein Zeichen für eine solidarische Gesellschaft
- Europaquiz

## Keine Diskussion mit Rechten!

Die Europäische Union ist von Innen bedroht. Nationalistische Kräfte erhalten in allen Mitgliedstaaten Zuspruch. Sie instrumentalisieren soziale Abstiegsorgen von Menschen, um Ängste gegenüber „Fremden“ zu schüren. Statt eine vernünftige und aufklärerische Wirtschafts-, Sozial und Bildungspolitik voranzutreiben, die den Menschen ein Leben in sozialer Sicherheit und Vielfalt ermöglicht, sucht man Sündenböcke für das Versagen neoliberaler Regierungspolitik. Ausgemacht hat man dafür Kinder, Minderjährige, Frauen und Männer, die vor Bürgerkriegen, Not und Elend und politischer Verfolgung fliehen. Sie werden für Kriminalität, Terrorismus und fehlenden bezahlbaren Wohnraum verantwortlich gemacht. Aber wer genau hinguckt, weiß: Die Nationalisten haben keine Antwort auf soziale Ungleichheit. Sie verschärfen sie nur noch. Sie leisten keinen Beitrag zur Verbesserung des Lebens der Menschen. Sie wollen die EU und die Demokratie zerstören.

### Die Ächtung menschenfeindlicher Positionen als historische Verantwortung

Wir müssen aus uns bewusst werden: Migration gehört zur Geschichte der Menschheit und die Gesellschaft hat von ihr profitiert, insbesondere dann, wenn politische Maßnahmen ergriffen wurden, die den Zugewanderten Teilhabe an Bildung und Arbeit ermöglichten und den sozialen Zusammenhalt förderten. Dagegen hat der deutsche Nationalismus mit dem Ersten und Zweiten Weltkrieg zu zwei Katastrophen geführt. Damit muss endlich Schluss sein! Alle können dazu beitragen, den Nationalismus zu stoppen. Wer meint

AfD zu wählen oder Pegida hinterherzulaufen, ist auf dem Holzweg. Was gibt es nach Chemnitz zu argumentieren? Wenn die AfD das Auftreten gewalttätiger Nazis relativiert und sinngemäß damit rechtfertigt, der Volkszorn breche sich Bahn, was gibt es da noch zu diskutieren? Wo soll die AfD „entzaubert“ werden, wenn ihre Funktionär\*innen mit der Verharmlosung von Naziverbrechen ein Klima schaffen, in dem rechtem Terror eine Daseinsberechtigung gegeben wird und Sozialdemokrat\*innen zur Zielscheibe der Stimmungsmache werden?

### Es braucht einen Konformitätsdruck von links

Die AfD ist keine normale demokratische Partei, mit der man im Wettstreit um die besseren Argumente ringt. Daher dürfen Demokrat\*innen nicht mit rechtsextremen Kräften diskutieren; allenfalls über sie. Man muss sie bekämpfen und dazu gehört, dass sie als Antidemokraten geächtet werden: Demokraten müssen Konformitätsdruck von links aufbauen. Das tut der AfD, Pegida und ihren Anhänger\*innen weh. Die Reaktionen auf meine Abgabe einer Diskussion in Witten mit einem AfD-Vertreter zeigte dies deutlich. Auserparlamentarische Aktivitäten, wie zum Beispiel die Demonstrationen gegen die Verschärfung der Polizeigesetze der Länder und für eine humane Flüchtlingspolitik, haben das politische Klima zugunsten der Demokratie gedreht. Das muss der Weg für ein vielfältiges und solidarisches Europa der Vielen sein!

## Aus dem Parlamentsalltag:

### >> Seenotrettungsorganisationen unter den Finalist\*innen für den Sacharow-Preis



Auf Dietmars Initiative waren die Organisationen, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten, für den Menschenrechtspreis des Europäischen Parlaments nominiert. Die Aktivitäten der Seenotrettungsorganisationen werden kriminalisiert, ihre Schiffe beschlagnahmt und es laufen Gerichtsverfahren gegen zahlreiche Retter\*innen. Mit dem Sacharow-Preis sollte ihnen die Anerkennung zukommen, die sie verdienen. In der letzten Auswahlrunde entschieden sich die Vorsitzenden der Fraktionen im Europäischen Parlament für den ukrainischen Filmemacher Oleg Senzow.

### >> Besuch aus der Betreuungsregion am Weltflüchtlingstag



Am Weltflüchtlingstag im Juni empfing Dietmar sechs Geflüchtete aus seiner Betreuungsregion in Brüssel. Dabei lernten sie nicht nur das Parlament und die Arbeit von Dietmar kennen, sondern berichteten ihm auch, welche Hürden ihren Alltag erschweren. Auf einer von der S&D-Fraktion organisierten Konferenz erzählte die 11-jährige afghanische Sarina Mosavi in bewegenden Worten von ihrer Fluchtgeschichte und dem Ankommen in Deutschland.

## Das Sterben im Mittelmeer und das Versagen der EU-Mitgliedsstaaten

### Ein Besuch auf Malta

1, in Worten: EIN Rettungsschiff ist seit Donnerstag, 4. Oktober wieder in der Such- und Rettungszone im zentralen Mittelmeer unterwegs. Die „Mare Jonio“ ist ein neu umgebautes Schiff und wird unter italienischer Flagge fahren. Alle anderen zivilen Rettungsschiffe sind unter fadenscheinigen Begründungen von Behörden und Regierungen seit Monaten nicht mehr vor Ort im Mittelmeer: Sie wurden entweder beschlagnahmt, festgesetzt oder ihnen wurde die Flagge entzogen. Die Retter\*innen wurden kriminalisiert und diffamiert und gegen viele von ihnen laufen Gerichtsverfahren.

#### Den Retter\*innen sind die Hände gebunden

Da Dietmar sich schon lange für die private Seenotrettung stark macht, folgten wir Ende September, gemeinsam mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis, einer Einladung der Organisation „Sea-Watch“ nach Malta. Es ist schwer zu ertragen, die drei dort im Hafen festliegenden Schiffe zu sehen, während ein paar Kilometer weiter Menschen ertrinken. Die „Sea-Watch 3“ beispielsweise



An Bord der „Sea-Watch 3“ bekam Dietmar von den Aktivist\*innen einen Einblick in ihre Arbeit und den Umgang mit der aktuellen Lage.

könnte unverzüglich auslaufen, wenn nicht die maltesische Behörden behaupten würden, dass Dokumente fehlten. Bei einem Treffen mit dem maltesischen Innenminister bestätigte er uns diese Sichtweise. Allerdings hat jüngst der Flaggenstaat Niederlande die Vollständigkeit der Papiere bekräftigt. Eine juristische und damit haltbare Begründung lieferte die maltesische Regierung, auch auf Dietmars intensive Nachfrage, nicht. Die Lage der „Seefuchs“ der bayrischen Organisation „Sea-Eye“ ist ebenso aussichtslos. Ihr hatten die Niederlande die Flagge im Juni aberkannt, während sich das Schiff vor



Monatelang war die „Colibri“ das einzige Aufklärungsflugzeug über dem Mittelmeer.

der Küste Libyens auf einer Rettungsmission aufhielt. Nun wartet die Besatzung, mit der wir uns intensiv austauschten, darauf, ihr Schiff nach Deutschland überführen zu dürfen. Das wird ihr bislang verweigert. Laut maltesischer Hafenbehörde darf die „Seefuchs“ nur auslaufen, wenn „Sea-Eye“ eine „starke, förmliche und offizielle Erklärung abgibt“, dass sie sich auf ihrer Fahrt nicht mehr an Rettungseinsätzen beteilige. Das dritte Schiff, das wir auf Malta besuchten, war die „Lifeline“ der Organisation „Mission Lifeline“. Dieses Schiff darf nicht auslaufen, da zurzeit in Malta ein Gerichtsverfahren gegen den Kapitän Claus-Peter Reisch läuft.

Doch nicht nur den privaten Schiffen wird ihre Tätigkeit verwehrt. Auch das Aufklärungsflugzeug „Moonbird“ durfte drei Monate nicht starten. Es war 2017 an der Rettung von 20.000 Menschen beteiligt und seit dem 10. Oktober kann es nun seine Flüge im Suchgebiet vor der libyschen Küste endlich wieder fortsetzen. Ein zweites Aufklärungsflugzeug, die „Colibri“ landete während unseres Malta-Aufenthalts gerade auf dem Flughafen. So hatten wir ausreichend Gelegenheit, uns das Vorgehen bei Suchflügen erläutern zu lassen. Beeindruckt hat uns nicht nur im Gespräch mit der Besatzung der „Colibri“ die unglaubliche Professionalität der überwiegend ehrenamtlich arbeitenden Seenotretter\*innen.

#### Der Spiegel des europäischen Versagens

Allerdings ist es wichtig, nicht nur die maltesische Regierung für die derzeitige Situation verantwortlich zu machen. Dies betonte Dietmar in einer von Sea-Watch einberufenen Pressekonferenz, auf der er jedoch auch nicht mit Kritik an eben dieser Regierung sparte und die Freilassung

der „Sea-Watch 3“ forderte. Ebenso verantwortlich ist die neofaschistische italienische Regierung, die nicht nur privaten Hilfsschiffen, sondern auch Frachtschiffen und ihren eigenen Marineschiffen, die Flüchtlinge an Bord haben, die Einfahrt in italienische Häfen verwehrt. Die Todeszahlen stiegen übrigens seit Matteo Salvini als Innenminister Italiens im Amt ist, von drei auf acht Tote pro Tag. Die Dunkelziffer liegt weit höher.

Die Reise nach Malta hat einmal mehr deutlich gemacht, dass wir in der EU dringend eine gesamteuropäische Lösung benötigen. Die Mitgliedsstaaten müssen verbindlich zusagen, aus Seenot Geflüchtete aufzunehmen. Und wir benötigen sofort ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm. Leider stehen die Zeichen dafür schlecht und eine immer rigide Abschottungspolitik, mit der Tote billigend in Kauf genommen werden, wird verfolgt. Sieht man sich diesbezüglich die jüngsten Vorschläge der EU-Kommission

an, überrascht es nicht, dass den privaten Retter\*innen ihre Tätigkeit unmöglich gemacht wird, sind sie doch die einzigen Zeug\*innen des unsichtbaren Sterbens an der tödlichsten Grenze der Welt, dem Mittelmeer. Lässt man diese Schiffe fahren, führen sie der gesamten EU ihre Verantwortungslosigkeit und ihr Versagen vor Augen.

Nach Redaktionsschluss erreichte uns die erfreuliche Nachricht, dass sich Malta dem Recht gebeugt hat und die „Sea-Watch 3“ am 20. Oktober den Hafen von Malta verlassen hat. Sie fährt nun nach Spanien, um endgültig wieder fit für den Einsatz gemacht zu werden.



Die „Lifeline“ wurde zuletzt von Claus-Peter Reisch gesteuert. Er wird derzeit unter scheinheiligen Vorwänden vor einem maltesischen Gericht angeklagt. Das Schiff sei nicht ordnungsgemäß registriert gewesen.

## Beschluss in Straßburg

# EU-Parlament leitet Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Ungarn ein

Seitdem Viktor Orbán 2010 erneut das Amt des Ministerpräsidenten in Ungarn übernommen hat, stehen dort die Kernelemente einer jeden Demokratie stark unter Beschuss. Weil die Grundwerte der EU in schwerwiegender Weise verletzt werden, also die Achtung der Menschenwürde, die Freiheit, die Demokratie, die Gleichheit, die Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und die Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, hat das Europäische Parlament am 12. September in einem bisher einmaligen Schritt mit der notwendigen Zweidrittel-

mehrheit beschlossen, ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags einzuleiten.

Dies ist ein bedeutsames Signal des Europäischen Parlaments gegen die rechte ungarische Regierung. Die Hürden für einen Erfolg des Verfahrens sind allerdings sehr hoch, da letztlich der Europäische Rat einen einstimmigen Beschluss fassen muss. Es ist leider damit zu rechnen, dass Orbáns „Brüder im Geiste“ aus Polen oder Österreich ihre Zustimmung verweigern werden. Langfristig sollte in dieser Hinsicht eine Reform des Verfahrens angestrebt werden.

## Aus der Betreuungsregion:

### >> NRWSPD nominiert Dietmar für aussichtsreichen Listenplatz zur Europawahl

In den vergangenen Monaten hat die Partei die ersten Schritte im Nominierungsverfahren zum Europaparlament gemacht. So hat die NRWSPD Dietmar auf Platz drei nominiert, nachdem er von der Region Westliches Westfalen das Votum für einen Spitzenplatz bekommen hatte. Damit stehen die Chancen sehr gut, dass Dietmar am 9. Dezember bei der Europadelegiertenkonferenz in Berlin auf einen der aussichtsreichen Listenplätze gewählt wird. Auch in den kommenden fünf Jahren braucht das Parlament eine starke Stimme für ein Europa der Solidarität!

### >> Europapolitisches Frühstück in Witten

Mitte Oktober hat Dietmar die haupt- und ehrenamtlichen Funktionär\*innen aus seiner Betreuungsregion zum europapolitischen Frühstück eingeladen. Neben der Diskussion um die allgemeine Lage der SPD war der anstehende Europawahlkampf beherrschendes Thema an diesem Vormittag. Die Runde war sich einig, dass bei dieser Wahl so viel auf dem Spiel steht, wie nie zuvor. Sie sicherten Dietmar ihre volle Unterstützung in den harten Auseinandersetzungen der kommenden Monate zu und wollen mit ihm gemeinsam für Europa und seine Werte streiten. Auch in seiner Haltung zu Diskussionen mit der AfD stärkten sie ihm den Rücken: Antidemokraten wird auch im Wahlkampf keine Bühne für ihre menschenfeindliche Argumentation und Agitation gegeben.

### >> Vorstellung des Films „IUVENTA“ in Dortmund

Am 16. November 2018 um 18 Uhr lädt Dietmar in die Schauburg in Dortmund zur Vorstellung des Films „IUVENTA“ mit anschließender Diskussion ein. Die Anmeldung kann im Europabüro unter **02335 5222** oder im Internet unter [dietmar-koester.eu/ticketreservierung](http://dietmar-koester.eu/ticketreservierung) erfolgen.

